

Ergebnisprotokoll Arbeitsgruppe Menschen mit Behinderungen (AG MmB) der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege (SenWGP)

Am: 23.03.2026, 14.00 – 16.00 Uhr

Ort: Hybrid - Oranienstraße 106, Raum E.109

Teilnehmende:

- Ellen Haußdörfer, SenWGP, StS'in Gesundheit und Pflege
- Vera Philipps, SenWGP, Leiterin des Leitungsstabs der Senatorin
- Daniela Kaup, Bezirksamt Lichtenberg, Beauftragte für Menschen mit Behinderungen
- Ulrike Haase, Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V.
- Birgit Stenger, Arbeitsgemeinschaft für ein selbstbestimmtes Leben schwerstbehinderter Menschen – ASL e. V.
- Thomas Zander, Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen
- Holger Metzging, dPV – Deutsche Parkinsonvereinigung e.V.
- Mario Koellner, Schwerhörigenverein Berlin e.V.
- Dr. Meike Nieß, i. V. für Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
- Bernd Piontek, SenWGP, Abteilung Pflege
- Manja Wanke, SenWGP, Abteilung Pflege
- Anke Zetlitzer, SenWGP, Abteilung Gesundheit
- Dr. Christian von Dewitz, SenWGP, Abteilung Gesundheit
- Dr. Teresa Deffner, SenWGP, Abteilung Gesundheit
- Sabrina Schönborn, SenWGP, Abteilung Gesundheit
- Charlotte Ostermann, SenWGP, Abteilung Hochschule
- Ursula Gaedigk, SenWGP, Patientenbeauftragte
- Ansgar Schockmann, SenWGP, Schwerbehindertenvertretung
- Patrick Schwarz, SenASGIVA, Focal Point
- Bärbel Reichelt, Cocas e.V.
- Elisabeth Schmidek, Sozialverband Deutschland
- Nicole Khalil, Kein EinzelFall e.V.
- Sonja Arens, Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.
- Wencke Pohle, Lebenshilfe Berlin e.V., Referentin für Sozialpolitik
- Herbert Probst, Wir Pflegen e.V. mit Barbara Probst
- Steffen Helbing, Gehörlosenverband Berlin e.V.
- Maxime Schlee, Fatigatio e.V.
- Gerd Miedthank, Sozialdenker e.V.
- Jan Feuerherd, Gast vom Zentrum für Inklusive Medizin Berlin-Brandenburg (ZIBB)
- Andreas Berger, Gast vom Zentrum für Inklusive Medizin Berlin-Brandenburg (ZIBB)
- Björn Kruse, Gast vom Zentrum für Inklusive Medizin Berlin-Brandenburg (ZIBB)

- Dominique Illing, SenWGP, Koordination AG MmB
- Christin Heidenreich, SenWGP, Z B 17 (Protokoll)
- Pauline Amberg, SenWGP, Prakt
- Ulli Steinseifer, Dolmetscherin
- D. Zander-Tabbert, Dolmetscherin

TOP 1 und TOP 2 - Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung

Frau Illing eröffnet die erste Sitzung der AG Menschen mit Behinderungen in 2026, begrüßt die Teilnehmenden und stellt sich als neue Koordinatorin und Moderatorin vor. Sie übernimmt die Aufgabe von Frau Prinz. Aufgrund neuer Mitglieder erfolgt eine kurze Vorstellungsrunde.

Tagesordnung und zusätzliche Anliegen

Die Tagesordnung wird bestätigt. Zusätzlich werden Barrieren in der medizinischen Versorgung benannt, insbesondere:

- fehlende Personenlifter
- fehlende Unterstützung beim Transfer
- Probleme bei Fahrdiensten

Die Themen sollen ggf. schriftlich nachgereicht und können in einer kommenden Sitzung vertieft behandelt werden.

Hinweis zur Barrierefreiheit

Digital Teilnehmende kritisieren BigBlueButton als nicht barrierefrei. Herr Zander bittet, für die nächste Sitzung ein barriereärmeres Tool zu prüfen. Frau Illing sagt zu, andere Lösungsmöglichkeiten zu prüfen.

TOP 3 - Gast-Input: Projektvorstellung des Zentrums für Inklusive Medizin Berlin Brandenburg (ZIBB)

Die Gäste stellen das Zentrum für Inklusive Medizin Berlin-Brandenburg (ZIBB) vor. Dieses bündelt ambulante und stationäre Versorgungsangebote, insbesondere für erwachsene Menschen mit schweren kognitiven Beeinträchtigungen und komplexen Behinderungen. Zentrale Ansätze sind die enge Zusammenarbeit von Medizin, Pflege und Pädagogik sowie multiprofessionelle Inklusionsteams. Ziel ist eine verbesserte Diagnostik und Behandlung, insbesondere bei Menschen mit eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten.

In der Diskussion werden Kapazitäten, Wartezeiten und Barrierefreiheit thematisiert. Das ZIBB berichtet von hoher Nachfrage und begrenzten Ressourcen. Seitens der AG wird der weitere Ausbau solcher Angebote befürwortet. Zudem wird angeregt, die Bedarfe von Menschen mit schweren körperlichen Behinderungen stärker zu berücksichtigen.

Die Präsentation wird dem Protokoll beigefügt. Ein weiterer fachlicher Austausch wird angestrebt.

TOP 4 – Schwerpunktthema: Landesweite Strategie Gesundheitskompetenz

[Berlin erarbeitet landesweite Strategie zur Stärkung der Gesundheitskompetenz - Berlin.de](#)

Frau Schönborn berichtet zum Stand der geplanten Strategie zur Stärkung der Gesundheits- und Gesundheitssystemkompetenz. Diese befindet sich noch in einem frühen Entwicklungsstadium. Auch die Berliner Landesgesundheitskonferenz greift für die kommenden zwei Jahre dieses Schwerpunktthema auf. Die Ergebnisse sollen in die Strategie einfließen.

Gesundheitskompetenz umfasst die Fähigkeit, Gesundheitsinformationen zu finden, zu verstehen, zu bewerten und anzuwenden. Aus der AG wird betont, dass Menschen mit Behinderungen frühzeitig in die Erarbeitung einbezogen werden müssen. Die zivilgesellschaftlichen Interessenvertretungen sollen dabei aktiv beteiligt werden. Zudem werden Defizite in der psychotherapeutischen Versorgung angesprochen, insbesondere hinsichtlich tatsächlichen Bedarfes und Barrierefreiheit.

Die Verwaltung verweist auf bundesrechtliche Zuständigkeiten bei Vergütung und Bedarfsplanung, bestätigt jedoch bestehende Versorgungsprobleme.

Ergebnisse / Vereinbarungen

- Einbindung der AG MmB in den weiteren Strategieprozess
- Frühzeitige Beteiligung der Zivilgesellschaft
- Weiterer Bericht in einer kommenden Sitzung vorgesehen

TOP 5 – Umsetzung der Istanbul-Konvention insbesondere in Bezug auf Frauen mit Behinderungen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr inhaltlich behandelt. Das Thema bleibt weiterhin relevant und sollte in einer kommenden Sitzung erneut aufgegriffen werden.

TOP 6 – Bericht aus der Abteilung Pflege: Update zur WTG-Novelle

Herr Piontek berichtet über die zwischenzeitlich verabschiedete kleine Novelle des Wohnteilhabegesetzes (WTG). Das Änderungsgesetz ist am 28.02.2026 in Kraft getreten.

Zu den Inhalten des WTG-Änderungsgesetzes verweist Herr Piontek grundsätzlich auf die Ausführungen der Abt. Pflege in der AG-Sitzung am 24.11.2025.

Im Folgenden beschreibt er die wichtigsten Änderungen:

- Verwaltungsvereinfachungen bei Meldungen veränderter Angaben zu Pflege-Wohngemeinschaften (gleitende, anlassbezogene Änderungsmeldungen)
- Änderungen bei regelmäßigen Zuordnungsprüfungen durch die Heimaufsicht (regelmäßige Zuordnungsprüfungen nur noch bei selbstverantworteten Pflege-Wohngemeinschaften)
- eine erweiterte Abweichungs- bzw. Erprobungsregelung in § 33 WTG (hierbei insbesondere mehr Spielraum für modellhafte Ansätze ohne die Schutzrechte der Bewohnenden abzusenken).

Aus der AG wird betont, dass jede weitere Entwicklung des Heim- und Wohnteilhaberechts die Perspektive der Bewohnenden selbst und ihrer Interessenvertretungen von Anfang an einbeziehen muss. Besonders hervorgehoben werden Mitbestimmung, Gewaltschutz, Teilhabe und barrierefreie Beteiligungsformate.

Frau Wanke kündigt an, dass über die nun in Kraft getretene kleine Änderung hinaus eine grundlegende Weiterentwicklung des Berliner Heimrechts vorbereitet wird. Dazu soll im Laufe des Sommers ein größerer Beteiligungsprozess starten.

Ergebnisse

- Die AG MmB soll in den angekündigten Beteiligungsprozess zur Weiterentwicklung des Heimrechts einbezogen werden.
- Die Perspektive von Menschen, die in gemeinschaftlichen Wohnformen leben, soll dabei ausdrücklich berücksichtigt werden.
- Fragen zu Gewaltschutz, Mitwirkung, Teilhabe und Mindeststandards werden als zentrale Themen für den weiteren Prozess aufgegriffen.

TOP 7 - Verschiedenes

Unter Verschiedenes werden nochmals mehrere Versorgungslücken benannt, unter anderem fehlende Transfersysteme bei Untersuchungen, Schwierigkeiten beim Zugang zu MRT- und anderen Diagnostikangeboten sowie Probleme bei der Organisation von Fahrdiensten zu Therapien.

Aus dem Kreis der Teilnehmenden wird angeregt, diese Punkte in einer kommenden Sitzung als eigenes Thema zu behandeln, da sie viele Menschen mit schweren körperlichen Behinderungen betreffen und nicht nur Einzelfälle sind.

Herr Zander meldet außerdem als möglichen Themenwunsch für eine kommende Sitzung das Landespflegegeld für taubblinde Menschen an. Frau Illing weist darauf hin, dass hierfür zunächst die Zuständigkeit geprüft werden muss.

TOP 8 - Weiteres Verfahren

Frau Illing bittet darum, weitere Themenwünsche und offene Fragen im Nachgang schriftlich einzureichen, damit sie für kommende Sitzungen gebündelt und vorbereitet werden können.

Die nächste Sitzung wird für den 03.07.2026 von 13:30 Uhr bis 15:30 Uhr angekündigt.

Redaktioneller Hinweis: Aufgrund zwischenzeitlicher Entwicklungen findet der Termin jedoch nicht statt.

Protokoll: Dominique Illing und Christin Heidenreich